

werden die Spaltenseite oder deren Raum mit 30 Pf., solche mit 20 Pf. bezahlt, und in der Zeitung, von welcher Annoncenstellen und deren Annoncen-Expeditoren angenommen. (Namen die Seite 75 Pf.)

Salz-Zeitung

Erstausgaberhöher Jahrgang.

(Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Bezugspreis
Der Halle vierteljährlich 2,50 M., bei postamtlicher Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., auswärts Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichniß unter Nr. 6553 eingetragen.
Für die Redaktion verantwortlich: S. B. S. Swalbe in Halle.
Erscheinenszeiten von 10^h bis 12^h, Uhr.
Herausgeber: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 174.

Nr. 606.

Halle a. d. Saale, Montag, den 29. Dezember

1902.

Abänderung des Reichstagswahlrechts?

Ein Grand-Seigneur, welcher in Hofkreisen viel verehrt und gleichzeitig intime Fühlung mit den Kreisen der Diplomatie und der Parlamentarier unterhält, äußerte in diesen Tagen im privaten Gespräch, daß das bestehende Reichstagswahlrecht einer erneuten und schmerzlichen Gefahr ausgesetzt sei. Die Schärfermacher seien mit ihrer gewohnten Mißbilligung an der Arbeit und auch in parlamentarischen Parteien, welche früher als unzuverlässige Vertheidiger derselben angesehen werden konnten, sei unzuverlässiger die Meinung hervorgetreten, auf eine Abänderung des Wahlrechts einzugehen. Er berichtigte weiter, welches bestellende Grund auf die Abänderung der Wahlrechtsparteien angesehen werden sei, um für den Antrag Kardoff zu stimmen, und zwar sei dieser Druck nicht nur aus den Parteien selbst heraus bewirkt worden, sondern auch aus den Kreisen des Hofes und der Regierung.

Es war ja ohne weiteres klar, daß bei dem Antrag Kardoff der Reichskanzler und andere hohe Reichs- und Staatsbeamte ihre Hand mit im Spiele gehabt hätten, daß nur in vollem Einverständnis mit dem Reichskanzler ein solcher Antrag überhaupt eingebracht werden konnte, und mit vollem Recht ist Graf Bülow daher im Reichstage als Mitschuldiger dieses Antrages bezeichnet worden. Es wäre interessant, zu erfahren, ob nicht die Idee hierzu von ihm selbst herrührt. Wen ist nur, welcher Druck von seiner und ihm nahestehender Seite ausgeübt worden ist, um dem Antrage eine entsprechende Mehrheit zu verschaffen.

Daß dieser Druck namentlich auf die Nationalliberalen seine Wirkung nicht verfehlt hat, weiß man allgemein, und es wird jetzt klar, daß man diesen gegenüber gerade mit dem Regiment der Geschickung der Verfassung durch die Sozialdemokratie gearbeitet und mit Erfolg operiert hat. In Folge der Schöpfung, den man dem parlamentarischen System mit der Abänderung und Verewolung der Verfassungsordnung in der letzten Woche verleiht hat, die erst jene für-nehmlichen Szenen im Reichstage einleitete, welche die Schärfermacher beabsichtigten, er mußte auch jenen Nationalliberalen, welche einstlich geglaubt haben sollten, damit dem Parlamentarismus zu dienen, die Augen geöffnet haben, daß sie lediglich Werkzeuge in den Händen der Schärfermacher waren, daß sie die Gefahr, welche sie zu beizubringen meinten, durch die Beteiligung an dem parlamentarischen Staatsrecht nur vergrößert haben.

Daß man in dem jetzigen Reichstage den Versuch zu einer Abänderung des Wahlrechts machen dürfte, ist nicht wahr-scheinlich; aber die Schärfermacher hoffen, unter dem Schutze des gefamtenen Regierungsapparates Wahlen zu zwingen zu bringen, durch welche die Beteiligung des jetzigen Wahlrechts auf verfassungsmäßigem Wege, d. h. durch Abänderung der Reichsverfassung, herbeigeführt werden könnte. Und weder das Centrum, welches seinen Bestand bei einem Dreiklassenwahlsystem in der Art des preussischen mindestens ebenso gefestigt glaubt wie unter dem jetzigen Reichstagswahlrecht, noch die Nationalliberalen — letztere wenigstens in ihrer Mehrheit — würden einen solchen Schritt gegen dieses Mittelstück auf die Rechte des Volkes wagen. Daß die beiden konservativen Parteien mit der schonenartigen eigenen Jagdfreude den Staatsrecht mitmachen würden, unterliegt nicht dem geringsten Zweifel. Daß auf die Abänderung in dieser Beziehung gar kein Verlaß ist, haben die Ereignisse der letzten Wochen gezeigt. Der nächste Wahlkampf wird sich also aller Voraussicht nach noch weit mehr, als um die Frage der Einführung, um die Erhaltung des Wahlrechts drehen, und Sade der Wähler wird es sein, von den zu wählenden Abgeordneten in jedem Falle klipp und klaren Weisheit sich geben zu lassen, ob sie für die Erhaltung des gemeinen, gleichen Wahlrechts eintreten oder nicht.

Deutsches Reich.

Sold- und Personalnachrichten.

* Reichskanzler Graf v. Bülow hatte mit dem Reichskanzler Grafen v. Bülow über auf seinen Wiener Posten eine längere Unterredung und erwarb dann den zum preussischen Gesandten in Wien ernannten vormaligen Gesandten im Haag, Grafen v. Port in d. S.

* Justizminister Dr. Schönduff und der Kreisrichter der Provinz Sachsen, Staatsminister Dr. v. Büttcher, verließen am 26. Januar ihr 70. Lebensjahr. Dr. Schönduff trat am 26. Oktober 1858 in den Ruhestand, kann somit, wie die „Fr. Bl.“ hervorhebt, im nächsten Jahre auch auf eine fünfzig-jährige Dienstzeit zurückblicken. Am 14. Dezember 1888 erfolgte seine Ernennung zum Reichsminister und am 24. März 1895 seine Ernennung als Reichsminister in Berlin, von wo er zwei Jahre später nach Duisburg versetzt wurde. 1872 kam er als Appellationsrat nach Glogau, 1876 als solcher nach Frankfurt a. M. und schließlich dort auch bei der Justizreformkommission 1879 als Landgerichtsdirektor. 1888 zum Landgerichtspräsidenten in Neudorf ernannt, wurde er 1884 in gleicher Eigenschaft nach Wolfenbüttel versetzt, 1892 als Präsident an die Spitze des Oberlandesgerichts in Celle gestellt und unter dem 13. November 1894 als Nachfolger Dr. v. Schelling zum preussischen Justizminister ernannt. Dr. Schönduff ist zur Zeit Staatsminister. Dr. v. Büttcher, der bekanntlich 1889 als Staatssekretär des Reichsamt des Innern auch preussischer Staatsminister wurde und von 1888 die Stelle des Reichspräsidenten im Staatsministerium bekleidete, ist zur Zeit dem Reichstag nach der älteste der zwölf Reichspräsidenten, während er als solcher dem Reichstag nach erst in dritter Reihe kommt. Der dienstälteste Reichspräsident ist Excellenz

Wasse (seit 1890 im Amte), ihm folgt Herzog zu Trochenberg (seit 1894) und dann Dr. v. Büttcher (seit 1897).

* Zum Mitglied des Ehrenhofes wurde auf Lebenszeit berufen das hiesigbetretende Bundesratsmitglied für Sachsen, v. Burg-Gotho, Staatsminister Kammerherr von Bontus-Wrettkin.

Die Kronprinzessin von Sachsen.

Die Flucht der Kronprinzessin Luise hat eine wahre Hochzeit feierlicher Verehrerleitung geseht. Es ist unvorstellbar, daß bei einem Ziele der Presse, einem der aus-schließlich die Stadt, ihren Feiern sitzten, Günst vorzuziehen, alles andere Bedenken überwinden. Die Leute wußten wohl, daß das betagene, veraltete Ereignis verhalten anzusehen, wird dadurch indirekt gefördert, daß eine weitere amtliche Erklärung aus Dresden erst dann zu erwarten ist, wenn die Dinge endgültig geregelt und die Verhandlungen zwischen dem beiderseitigen Völkern abgeschlossen sind. Auch dann soll nur eine Frage, den ganzen Verlauf abschließende Erklärung veröffentlicht werden. Es wird nicht festzuhalten, daß der sächsische Hof wohl die civile, politische Aufklärung der Ehe des Kronprinzen mit der Kronprinzessin anstrebt, nicht aber auch die kirchliche Aufklärung. Man bezweifelt auch, daß die kirchliche Seite der Kronprinzessin, die in Berlin sich schon an sein Hof, von Erfolg sein werden. Damit über-einstimmend veröffentlicht die „Vox Populi“ in Rom eine offiziöse Note des Vatikans, worin es heißt, daß der Papst die Ehe des sächsischen Kronprinzenpaars nicht lösen könne, da dieselbe valide geschlossen sei.

In Ergänzung dieser Mitteilung, daß die Kronprinzessin seit ihrem ewigen Lebensort auf italienisches Gebiet streng überwacht werden sollte, wird der Volkssinn im Ausland, wie sie sagt, von vorzüglich unterrichtet sein gegeben:

Die italienische Polizei hat einen ebenso merkwürdigen wie belästigen Auftrag erhalten: Falls eine (1) Prinzessin Luisa Antonia Marie von Sachsen-Weimar, Erbprinzessin von Dethlefsen-Debskau, sächsisch aus Dresden nach Salzburg, von dort sächsisch nach München, Zürich und Genf, sich an einem der oberitalienischen Seen oder an der Riviera oder in Rom Neapel und Sizilien niederlassen sollte, ist augenblicklich zu ermitteln, ob die Prinzessin geboren habe oder schon einen Säugling bei sich fühde. Die Prinzessin ist — so heißt es weiter — in Gesellschaft eines Geliebten, entweder (2) eines Dresdener Hofmarschalls, von anhaltender Mäßigkeit oder eines sächsischen Prinzen (3) oder aber als sächsischer Hofmarschaller. Die Verfolgung der Prinzessin ist mit reichhaltiger Gewalt ausgestattet; Tag, Stunde, Ort und Umstände der Geburt sowie Lebensverhältnisse des Kindes sollen gewissenhaft ermittelt und gemeldet werden. Nebenfalls, weil sie für den Verfolgungsvorgang und für die handgemeine Erteilung des Auftrages von auslandischer Polizei ist.

In Genf verläutet, daß vor einigen Tagen der sächsische Minister Dr. Hüger dort eingetroffen, aber weder vom Erzherzog noch von der Kronprinzessin empfangen worden sei, sowie daß die Kronprinzessin und der Erzherzog sich in den letzten zwei Tagen unter vollem Namen und Name meldeten, was die Meinung, daß der Verzicht noch nicht perfekt sei, bestätigt. Der gegenwärtig von Genf nach dem Generalstaatsminister Krone er hat in einem Gespräch mit einem hohen Beamten angeklagt folgendes gesagt: Die deutsche Gesandtschaft in Bern habe in diskreter Weise beim Bundesrat anfragen lassen, welches seine Auffassung in Sachen der Kronprinzessin von Sachsen sei. Die Antwort sei abfällig gewesen. Man empfinde die Antwort als eine sächsisch-politische Intervention als die der Kaiserin. Ihre Auffassung sei die folgende:

Weiter meldet man aus Genf, der Kronprinz von Wien „Fr. Bl.“ habe eine Unterredung mit Giron gehabt, der erzählte, die Kronprinzessin sei mit ihm in Zürich zusammen-getroffen. Sie seien im Ausland geflüchtet, angeht die Ver-haltung der sächsischen Regierung. Das einzige Bedenken der Kronprinzessin bestünde darin, daß sie nicht in Wien, man werde ihr nach der Ehedingung erlauben, sie wieder zu leben. Giron erwartet, er werde die Kronprinzessin möglichst bald heiraten können. — Die sächsischen Mächte des „Hotel Anglerter“ verbrachten die Weihnachtsfeier sehr zurück-gesogen. Die Kronprinzessin, ihr Bruder Leopold und der Erzherzog Giron machten mitunter kleine Wagenfahrten über Essergergasse, um Weihnachtsbesuche zu befragen, wobei sie sich nie weiter plaudern wie die Fremde. Die Kronprinzessin soll indes etwas abgehaut und ermittelte aus, v. Adamowicz soll dabei von niemand bemerkt worden sein. Es heißt, sie sei mit dem Erzherzog Leopold nach Montreux abgereist. Der Weihnachtsabend wurde im „Hotel Anglerter“, wo die Kronprinzessin das ganze Jahr über sich auf-hält, mit prunkvollem Christbaum gefeiert. Besuche oder Journalisten zu empfangen, weigert sich die Kronprinzessin, sie sagte, sie kümmer sich nicht um die Ver-leumdungen in den Zeitungen. Dagegen hat Giron mehreren französischen Journalisten Auskunft gegeben und beispielweise die Kronprinzessin selbst und die Kronprinzessin, die sich nicht, aber außerhalb der Stadt, verhalten. Die Kronprinzessin hat die „Vox Populi“ theil seinem Worte mit, daß Giron folgendes sagte:

„Die Kronprinzessin interessierte sich für den Unterricht, welchen ich ihren Kindern ertheilte. Sie wohnte den Familien-mahlzeiten bei, und bei dieser Gelegenheit haben wir uns des Bedauerns unterhalten, daß die Kronprinzessin nicht mit ihren Kindern mit, und schließlich auch nicht zuhause sein, die Weltverhältnisse. Nach Monaten, als ich bei dem Kronprinzen wieder erhoben, antwortete ich mich freiwillig, die Familie zu verlassen. Die Kronprinzessin war ent-schlossen, mit zu folgen; der Plan zur Flucht war vor-berichtet. Am 13. Dezember reichte ich von Wien nach Zürich, wo ich mit der Kronprinzessin und ihrem Bruder zusammen-traf. Die Kronprinzessin hatte ihren Bruder ein vollständiges Geländes abgelegt. Wir wollen uns betreffen und dann in Frankreich, wahrscheinlich in Paris, Wohnung nehmen. Die Familie bleiben wir in Genf, weil dies die einzige Stadt ist, wo wir sicher sind. Wir wissen, daß der in demselben Hotel mit uns wohnende Reichsminister Giron zu uns verfahren würde, wenn wir nicht zurückgekehrt wären. Ich habe die Kronprinzessin ermahnt, zurückzutreten, sie hat dies aber abgelehnt, da sie wisse, welchem Schicksal sie entgegen-gehe.“

Giron sprach schließlich die Hoffnung aus, daß die Aufklärung der Ehe nimmend vom sächsischen Hofe beim Papste nachgeholt

werden wird. Aber das Verhältnis des Bruders der Kronprinzessin befragt, erwiderte Giron, daß auch dieser einwilligen die Ereignisse abwarten.

Die Wiener „Zeit“ bezieht die Entwicklung des „Kaisers“, der schon seit längerem die Kronprinzessin in Dresden im-willigert, daß die Kronprinzessin durch die Flucht, von welcher Annoncenstellen und deren Annoncen-Expeditoren angenommen. (Namen die Seite 75 Pf.)

Es ist nicht wünschenswert, Sonntag und Montag einmal, sonst zweimal täglich.

Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.

Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.

Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.

Der v. Kardoff und der Bund der Kandidaten.

Durch den formellen Austritt des Herrn v. Kardoff aus dem Bunde der Kandidaten und die weitere von dem Führer der Reichspartei in der „Post“ abgegebene prinzipielle Erklärung, daß keine sämtlichen Parteigenossen, selbst v. Kardoff, dem Bunde der Kandidaten nicht mehr an-gehören können“, hat, wie wir schon gesehen haben, die Konser-vativen eine politische Bedenken gewonnen, die man ihm ursprünglich im allgemeinen nicht beilegt hatte. Es wird allerdings noch abzuwarten sein, ob bis zu den Wahlen auch beide politische Gruppen die entsprechenden Konsequenzen ziehen werden. Daß die Kriegserklärung des Bundes sich in der Hauptsache gegen die beiden schützwerthen Mittelparteien, die Nationalliberalen und die Freisouveränen richtet, während der Konser-vativen noch eine „Schonheit“ geübt werden soll, ist jetzt auch ausdrücklich von der Bundesleitung ausgesprochen worden. Während in Hannover Herr Dr. Schönduff den großen Dank für die Nationalliberalen verleiht, hat in Königsberg Herr v. Wangenheim auch die Freisouveränen mit auf die Prospektionsliste gesetzt, indem er nach dem Verzicht der „Reichs-Zeitung“ erklärte: „Es könne in Zukunft keine Rede mehr davon sein, daß der

Wund Mandatibus unterliegt, die dieselben der nationalitätlichen und oder heilungswirksamen Partei sich angeschlossen haben. Entsprechend dieser Erklärung hat dem auch der Bund schon hier gegen eine Anzahl von Abgeordneten der Reichspartei den gesetzlichen Verzicht aufgegeben. — Die „Deutsche Tageszeitung“ bemerkt in ihrer letzten Nummer dazu, der Vorstand des Bundes der Landwirthe werde dem Abgeordneten v. Kardoff die Antwort wohl nicht schuldig bleiben. Man möchte sich zur Ablehnung der Tarifvorlage entschließen, weil der neue Zolltarif — alles in allem genommen — der Landwirtschaft kein Plus, sondern ein Minus bietet. Die Substanz habe sich unter der Herrschaft des alten Zolltarifs und der Handelsverträge hauptsächlich entwickelt, die Landwirtschaft ist allgemalig zurückgegangen. Die Industrie bedürfte im allgemeinen keiner Erhöhung ihrer Zölle, sondern die Industriezölle müssten — abgesehen von einigen Ausnahmen — wesentlich herabgesetzt werden, wenn die Parität zwischen Landwirtschaft und Substanz hergestellt werden sollte. — Die „Deutsche Tageszeitung“ scheint sehr überglücklich und willig topflos das Schicksal des freihandelspolitischen Präzedenz zu sein, das sie weiter nichts darauf zu legen weiß, als „alle Kamellen“ aufzusammeln und zu erweisen, daß der Bund die Antwort wohl nicht schuldig bleiben würde. Bemerkenswert ist noch, daß die freihandelspolitischen Mitglieder des Bundes der Landwirthe, welche für den Zolltarifvorschlag gestimmt haben und nun nach der Ansicht des Abg. v. Kardoff aus dem Bund der Landwirthe nach diesen Rechtsverhältnissen auscheiden müssen, im Ganzen erst an der Zahl sind: nämlich Graf Arnim, Banermeister, Graf Bernh. v. Auenburg, v. Christen, Doerflin, Camp, Haack, v. Hols, v. Kardoff, Raack, Scherre. — Auf die weitere Entwicklung der Angelegenheiten im künftigen Reichstag laßt man mit Recht gespannt sein.

Politik.

„Die Berliner Correspondenz“ wendet sich gegen die Ausführungen des sozialdemokratischen Abgeordneten Seine in der Reichstagsung vom 22. Nov. worin Seine zahlreiche Beschlüsse über die Agrarfrage der Reichsversammlung vorgeschrieben hatte. Das halboffizielle Blatt bemerkt:

Bezüglich des Falles des Braunschweiger Bürgers Lampe sei nimmer festgesetzt, daß der vom Schöffengericht Gelle gegen ihn erlassene Haftbefehl durch Lampe's Verhalten angefochten sei. Aber auch in den übrigen ergab die angeführten Ermittlungen, daß der Verhaftung ungeschickter Bestimmungen, lenkt er sich gegen die übrigen Zuhilfenahme richterliche, unbegründet vor. Aus der etwa später erfolgten Repräsentation eines Verhältnisses den Vorwurf von Ungehorsamkeit der Verhaftung herauszuleiten, ist unangemessen, da die Entscheidung über die Anordnung der Untersuchungshaft im Vorverfahren und gehört auf den Richter an. Erwiesen diese Missstände sind nachher als unrichtig, so kann man deshalb noch den Richter seinen Vorwurf machen. Wenn im Fall des ed. a. c. r. e. s. o. f. f. m. a. n. n. die Höhe der Landesgenese als den Rückwärts mit begründet betont wurde, so ist die Erwägung angefallen der engen Beziehungen der politischen Agitation in Ostpreußen und Westpreußen vornehmlich, weil überaus auch die spätere Reichsversammlung bewies. Im Falle des Redaktors Marowski's Verurteilung wurde allerdings die Strafbefehl durch Vollstreckung einer Unterdrückung unterbrochen. Der Grund lag darin, daß die Strafbefehl gegenstandslos werden sollte, um die Unterdrückung der Reichsversammlung Marowski's mit seinen Verfehlungen zu vereiteln und die Zwecke der Unterdrückung zu gefährden. Gegen Frau Caspari's Goldbe, die wegen Verdrachts der Anstellung zum Weine die sich in Unterdrückung befand, wurde der Vollzug einer ihrer Unterdrückung in einer anderen Sache angesetzt. Die Reichsversammlung während jener Unterdrückung nicht eingeleitet, weil strengere Überwachung ihres Verfalls mit anderen Verurteilungen gegeben war und die Angeklagte bei einer früheren Haft als es geschiedt verstanden hatte, unbemerkt mit der Außenwelt zu korrespondieren. Schließlich überprüfte Seine's Verurteilung in einer Sache, die durch die Unterdrückung Marowski's mit seinen Verfehlungen der Unterdrückung's Abhand genommen worden, weil festgestellt ist, daß das Oberlandesgericht Breslau ein Erlebung solcher Verbrechen gewöhnlich drei Wochen brauche, wodurch die Unterdrückung der Verurteilung noch unmitte verhängt wurde, den Tagelohn. Das Oberlandesgericht erließ vom 1. Juni bis 30. Nov. 30 solcher Verurteilungen, die meistens vier Tage nach Eingang, meist am Tage nach dem Eingang selbst erledigt worden sind.

Diese offiziellen Anstellungen umgeben den Kern der Sache. Der allen wieder über die unwürdige Behandlung der Betroffenen durch die anscheinenden Organe der Polizei Goldbe, die leider nur zu bekräftigt worden. Es ist höchst bedauerlich, daß man auf Seiten der Regierung wieder verurteilt zu sein scheint, mit allerhand Erklärungen um die Sache herumzukommen. Die vielfachen Verhaftungen von Frauen, verbunden mit den dabei vorgekommenen Demütigungen, der Transport von Leuten, die keine Verbrecher waren, und trotzdem mit Justizhelfern zusammengeführt wurden, die oftmals unwürdige Behandlung in den Strafanstalten waren es, die die Erregung in der Bevölkerung hervorriefen und zu der bekannten Unterdrückung im Reichstag führten.

Die „National-Zeitung“ bezieht in einem Artikel die Anstellung der „Min. Rostk.“ über die Ernennung des Geh. Rath's Rostk. aus dem Ministerium des Innern zum Regierungspräsidenten in Danzig. Wahrscheinlich ist diese Anstellung der „Min. Rostk.“ ein Vorläufer, um für die Entscheidung im preussischen Abgeordnetenhaus die Diskussion über die sogenannte Paritätfrage und die allseitig wiederkehrenden Klagen des Centrums einzuleiten. Es wäre daher zur Abklärung dieser Klagen sehr erwünscht, wenn von den Ministerialen statistische Nachweise der Konstellation der höheren Beamten ihrer Vertheilung von Abgeordnetenhaus verlangt würden. Die Reklamation einer derartigen Statistik in einzelnen Ministerien werden sicher die Klagen des Centrums über Entlassung sozialistischer Beamten in den höheren Instanzen als unbegründet erscheinen lassen.

Wirtschaftspolitische.

Wieder den Wunsch der Handelsverträge äußerte sich Abg. Wassermann einem Interviewer der „Bayer. Nachr.“ gegenüber, wie die „Min. Rostk.“ bekräftigen, wie folgt: Bei den Handelsverträgen werde sehr der schweizerische Handelsvertrag, der in überaus nicht zu den eigentlich schweizerischen Vereinbarungen gehöre, kaum Sorgen machen; gestützt auf den neuen Zolltarif und dessen hohe Positionen werde ja sogar der Wunsch des schweizerischen, das russischen Handelsvertrages, seine unwürdigen Hindernisse mehr bieten. Auch dem jetzigen Reichstag werde voraussichtlich der russische Handelsvertrag vorgelegt werden und dann ebenso der letzte, der belgische, mit der Beilegung des unruhigen Niederösterreichs.

Nach den statistischen Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller belief sich die Metallproduktion des Deutschen Reichs (einschl. Luxemburgs) im Monat November 1902 auf 700,928 Tonnen; darunter:

Wund Mandatibus unterliegt, die dieselben der nationalitätlichen und oder heilungswirksamen Partei sich angeschlossen haben. Entsprechend dieser Erklärung hat dem auch der Bund schon hier gegen eine Anzahl von Abgeordneten der Reichspartei den gesetzlichen Verzicht aufgegeben. — Die „Deutsche Tageszeitung“ bemerkt in ihrer letzten Nummer dazu, der Vorstand des Bundes der Landwirthe werde dem Abgeordneten v. Kardoff die Antwort wohl nicht schuldig bleiben. Man möchte sich zur Ablehnung der Tarifvorlage entschließen, weil der neue Zolltarif — alles in allem genommen — der Landwirtschaft kein Plus, sondern ein Minus bietet. Die Substanz habe sich unter der Herrschaft des alten Zolltarifs und der Handelsverträge hauptsächlich entwickelt, die Landwirtschaft ist allgemalig zurückgegangen. Die Industrie bedürfte im allgemeinen keiner Erhöhung ihrer Zölle, sondern die Industriezölle müssten — abgesehen von einigen Ausnahmen — wesentlich herabgesetzt werden, wenn die Parität zwischen Landwirtschaft und Substanz hergestellt werden sollte. — Die „Deutsche Tageszeitung“ scheint sehr überglücklich und willig topflos das Schicksal des freihandelspolitischen Präzedenz zu sein, das sie weiter nichts darauf zu legen weiß, als „alle Kamellen“ aufzusammeln und zu erweisen, daß der Bund die Antwort wohl nicht schuldig bleiben würde. Bemerkenswert ist noch, daß die freihandelspolitischen Mitglieder des Bundes der Landwirthe, welche für den Zolltarifvorschlag gestimmt haben und nun nach der Ansicht des Abg. v. Kardoff aus dem Bund der Landwirthe nach diesen Rechtsverhältnissen auscheiden müssen, im Ganzen erst an der Zahl sind: nämlich Graf Arnim, Banermeister, Graf Bernh. v. Auenburg, v. Christen, Doerflin, Camp, Haack, v. Hols, v. Kardoff, Raack, Scherre. — Auf die weitere Entwicklung der Angelegenheiten im künftigen Reichstag laßt man mit Recht gespannt sein.

Es ist unzweifelhaft, daß große Fortschritte in der regelmäßigen in den Kaiser Wilhelm-Kanal kommen und dort laichen. Den Abstieg der jungen Dämme aus dem Kanal in die Elbe hat im August dieses Jahres der Kaiser Oberbefehlshaber des Norddeutschen Meeres besichtigt. Nach seinem Besuche dieses Meeres im Riemer-See nicht weit von Soltau, die Dämme in so großen Schwärmen, daß Millionen und Abermillionen in einem Zuge hätten erbeutet werden können, wenn es überhaupt in der Nähe gelegen hätte, die für den Konsum noch vertheilten Dämme, deren Vorhandensein nur konstatiert werden sollte, in größerer Menge zu fangen. Beim Öffnen der Schleusen in Golltau verließ große Scharen junger Dämme den Kanal und strebten dem Rieder Hofen zu.

Parlamentarisches.

Es wird angenommen, daß die Einbringung des preussischen Staatshaushaltsplans für 1903 im Abgeordnetenhaus durch den Finanzminister Herrn v. Meibabden am 15. Dezember erfolgen wird.

Zur Diktandfrage sind, wie mitgeteilt, fünf hintereinander wiederholende Nachrichten in die Presse gelangt. Am Sonntag, den 21., und Montag, den 22., meldete die Presse aus dem Reichstag, daß die Mitglieder nimmer dem Oberpräsidenten des Reichstages über die Anwesenheitsfrage zu stimmen würden. Am Dienstag, den 23. Dez., wurde das Gegenstück veröffentlicht. Dagegen lag eine Statistikerklärung am Dienstag, den 23. Dez. Sollte hier der Gegenstand zur Verhandlung gekommen sein und die Minister v. Bodelsch. Herr v. Meibabden, Emdt, Herr v. Hammerstein, und wer sonst noch zu sprechen Reden im Ministerium zählt, sich gegen die Gewährung von Diktanden erklärt haben? Oder ist es begründet, was aus parlamentarischen Kreisen schon vor einigen Wochen mitgeteilt wurde, daß der neue König von Sachsen ein energischer Gegner der Diktandgewährung sei? Auf die Präzedenzverhältnisse im Reichstag wird jedenfalls das Vorkommnis nicht sehr günstig einwirken. Die „Dresd. Zig.“ erklärt, daß im Bundesrat Sachsen nur einen bescheidenen Einfluß ausübt, und daß ein etwaiges Widerstreben seines Königs für die bisherige ablehnende Haltung des Bundesrats nicht verantwortlich gemacht werden könne. Die „Kreuzzeitung“ meint demgegenüber, es würde sich wohl heffigen lassen, wenn der Bundesrat bei einer Beschlußänderung die Regierung nicht der größeren Mittelstaaten nicht gegen majorisieren möchte.

Parteinachrichten.

Das Münchener Centralorgan „Bayerischer Courier“ meldet, der Parteitag des bayerischen Centrums findet gutem Vernehmen nach in der letzten Woche des Jahres in München statt.

Verwaltung und Rechtsprechung.

Das Hauptverbrechen gegen Professor Debrick wird wegen Verletzung des Vorsitzenden des Deutschen Schmalkens-Bereins vor dem Amtsgericht I in Berlin im November auf Verwurde des Privatklägers durch Verstoß des Landgerichts I eröffnet worden.

Von dem Sandbuche für das Deutsche Reich wird für das Jahr 1903 eine neue Ausgabe veranlaßt. Das Werk erscheint im Laufe des Monats Januar f. N. in der Reihe der Veranschaulichung Nord-Südwest-Verlag in Berlin und wird dem Reichs- und Staatspräsidenten bei direkter Bestellung zum Preise von 4,50 M. geliefert. Im Buchhandel ist es zum Preise von 6 M. zu beziehen.

Einzelnes.

Nachdem der meiningische Landtag im Staatshaushalt für 1903/1905 erstmals das Gehalt für einen Gewerbesteuerinspektionsbeamten im Hauptamt festsetzt, schreibt die Regierung die mit 4000 M. dotierte Stelle für Techniker, die entweder ein Staatsgenosse besessen oder diplomiert sind und bereits praktisch thätig waren, zur Verweigerung aus. Den Arbeitern ist damit endlich ein Wunsch erfüllt.

Ober und Achte.

„S. M. S.“ „S. M. S.“ ist am 25. Dez. in Swatopmund eingetroffen und geht am 28. Dez. von dort nach Vindobona in Öst. — „S. M. S.“ „S. M. S.“ ist am 27. Dez. von Singapore nach Swatopmund in See gegangen.

Ausland.

Zur Heide des Grafen Lamdorff.

Graf Lamdorff erschien am Sonntag-Nachmittag in Sofia in der Sobranie. Nach kurzer Aufenhalte in der diplomatischen Heide stieg er ins Büffet hinauf, wo sich alle Abgeordneten versammelten. Ghanapaner wurde aufgetragen und der Präsident der Sobranie, der alte Zankov, erhob sein Glas auf das Wohl Lamdorff's, der einfach dankte. Zum Besten im Büffet erschienen die diplomatischen Vertreter Bulgariens, Österreich-Ungarns und der Balkanstaaten. Der türkische Kommissar ließ sich aber wegen der Festenverhältnisse des Panagoras entschuldigen. Ministerpräsident Danov sprach den Mazedonern gegenüber den Wunsch aus, von dem zu Ehren Lamdorff's geplanten Festzuge abzusehen, doch gegen mit nachträglicher Bewilligung des Jahres 2000 bis 3000 macedonische Fellaclträger durch den Vorkant des südländlichen Schloßes. Graf Lamdorff trat auf den Schloßplatz, von wo er eine Rede eines Mazedoniers anhörte. Er beantwortete die Rede mit einer einfachen Dankagung.

Im Kanal zu Fisch hat das serbische Königshaus Genugthuung von Jaren erhalten und man wirklich mit der Erlebung der als Hauptantrag für Serbien zu bezeichnenden Aufgabe des Grafen Lamdorff zufrieden sein. Graf Lamdorff hat in Fisch beruhigende Erklärungen über den Heiss aufgeschoben. Er ist nun in den Kanal zurückgekehrt und hat in Vindobona abgesehen, wo den Jaren einzufliegen, und behauptet, daß sogar ein Mazedonier geneigt sei, die Heide des Grafen, wegen dieses Mazedoniers fallen müßte.

Der König hat den Grafen Lamdorff, welcher den höchsten serbischen Orden bereits besitzt, sein Bildnis in kunstvoll gearbeiteten Rahmen geschenkt.

Zum venezolanischen Konflikt.

Caracas will das Haager Schiedsgericht unter der Bedingung annehmen, daß die Blockade sofort aufgehoben und die venezolanische Flotte zurückgegeben wird. Venezuela gebietet übrigens nicht zu den Staaten, welche das im Juli 1890 unterzeichnete Haager Friedensabkommen ratifiziert

haben. Auch nachträglich ist Venezuela diesem Abkommen nicht beigetreten. Auf Grund dieses Abkommens hat jeder Staat das Recht, den feindlichen Signalarbeiten die Ausrichtung des Haager Schiedsgerichts zu empfehlen, dem Art. 26 der Haager Friedenskonvention lautet: Die Signalarbeiten betreffen es als Pflicht, in dem Falle, wo ein einseitiger Streit zwischen zwei oder mehreren von ihnen ausbricht, die Heide, die dazu zu erinnern, daß ihnen der feindliche Schiedsgericht offen steht.

Mittheilung.

Bei der Jubiläumfeier des Regiments, die am Sonntag in Petersburg stattfand, wurde General v. Schuwalow zur Lebensfeier in den beiden Kaiser ein Brautgesandter der Gesellschaft in es Regiments, die Jubiläumsschreiben überreicht. — Herzog Georg Alexander von Mecklenburg-Strelitz wurde zum Generalmajor befördert und zum Commandeur des Garde-Dragoner-Regiments ernannt.

Zürcher.

Die Mannschaften und Offiziere der Gendarmen in Maccodonia werden den Tag, an dem Graf Lamdorff mit der Informationsreise nach Maccodonia betraut wurde, als Feiertag im Kalender anmerken. Sie haben nämlich daraufhin ihre Gehälter bekommen. Andererseits allerdings wurden auf Befehl Sultans Palasas zahlreiche Beamte in Maccodonia wegen Unregelmäßigkeiten sofort in strafrechtliche Untersuchung genommen.

In dem türkischen Ministerium wurde der Minister von Boghaz, der am Montag in es Regiments, die Jubiläumsschreiben überreicht, auch wurde der Minister des Innern angewiesen, an den Posthalter eine Einverständigung zu richten.

Moskau.

Wie die marenkischen Behörden versichern, sind die Gerichte von einer großen Niederlage der Truppen des Sultans übertrieben. Nichtig ist, daß ein Theil der Truppen besessen sich dem Führer der Aufständischen, Guttanaro, angeschlossen habe, durch welchen die dem Sultan treuen Truppen bis nach Bes zurückgetrieben worden seien.

Der Sultan wird auf seiner Expeditionen gegen die Aufständischen von einem Besonderen der „Zimes“ begleitet. Dessen Aufstellungen werden bis zum 11. d. M. und schreiben die bis dahin von dem Bruder und den Brüdern des Sultans den Aufständischen gegenüber erlittenen Mißerfolge hauptsächlich dem Sultan gewisser bisher dem Landesfürsten eigener Verbannung zu. Dieser Abfall wiederum soll durch Minderungen und viele Anstößigkeiten der auf ihrem Gebiete lagernden Soldatentruppen verursacht worden. In der Meinung des Sultans ist eine Änderung eingetreten, die einflussreich auf die Zukunft bleibt. Der mehrfach erwähnte Bu Samara, der nach der ersten Unterdrückung seiner Erhebung geflohen war, hat wiederum die Führung erlangt, aber unter dem bescheidenen Titel eines Wais über anderen Beskräftigt, die unter dem Namen des noch in Meines gefangen gehaltenen Wais Wobanek, des älteren Bruders des Sultans, Thronansprüche erhebt und regerlicher Hof hält. Niemand weiß, wie dieser fahle Wais, obgleich der Schloß der Dinge nur 120 Kilometer von Bes entfernt ist, wo alles ruhig bleibt.

Provinzialnachrichten.

Zweiter preussischer Lehrvertrag in Magdeburg.

Magdeburg, 27. Dez. Heute tagte in den Nationalfesthallen in Magdeburg ein Aeußerst großer von über 2000 Lehrern und circa 120 Delegierten der verschiedenen preussischen Lehrervereine besuchter 2. preussischer Lehrervertrag. Den Vorsitz übernahm der Herr Herrmann, der Magdeburger Lehrerverein leitete. Die Verhandlung über die Abklärung der Verhandlungsgegenstände und die Einigung über die nach dieser Richtung für zu unternehmenden Schritte. Lehrervertrag in Magdeburg führte aus: Durch das Lehrvertragsabgelehrt vom 3. März 1897 haben die Gehälter der Pädagogischen vom ersten an die gesetzliche Regelung erhalten. Demnach wurde das Mindestgehalt auf 900 M. und die Alterszulage auf 100 M. festgesetzt. Diese Sätze sollten aber, wie von Ministerialstellen wiederholt betont wurde, für die wirtschaftlich schwächsten und für die kleinsten Gemeinden als Maßstab gedacht sein. In diesem Sinne nahm die Lehrerschaft das Gesetz dankbar in Empfang. Sie sah sich aber bitter gekränkt, denn der Mindestlohn wurde, insbesondere im Osten, nicht ausnahmslos eingehalten, sondern Regel. Durch eine Reihe statistischer Mittheilungen über die niedrigen Sätze des Grundgehalts und der Alterszulage in verschiedenen Provinzen schloß der Redner unter lebhaftem Beifall: Wir verlangen eine unerer Bedienung und Bildung entsprechende Besoldung. Die Lehrerschaft darf nicht warten, bis das Ziel erreicht ist. Lehrervertrag in Magdeburg beendete im einzelnen die vom Ausschuss angelegten Forderungen, 1200 M. Grundgehalt und 150 M. Alterszulage. Von den Verbänden hat sich die Hälfte etwa für 1500 M., die andere für 2000 M. ausgesprochen. Die deutsche Bevölkerung solle an maßgebender Stelle Beachtung finden, auch wenn es nur ein Schritt ist, der die jetzt erfüllbare Forderungen erheben würden. Forderungen, die zum mindesten bedeuten, würden in der Defensivität nur Kopfstücken haben. Wenn wir 1500 M. verlangen, so müssen wir befürchten, daß wir noch Jahrzehnte zu warten haben, weil sehr hohe Summen dafür notwendig sein würden. Mit 1200 M. werden mehr als 34000 Lehrer in Preußen ein höheres Grundgehalt und mit 150 M. Alterszulage mehr als 37.000 Lehrer eine höhere Alterszulage erhalten. Stellen Sie heute die Wünsche einzelner Provinzen zurück, denken Sie allein an das Interesse der germanen Lehrerschaft! Einigkeit ist unsere Stärke!

In der Debatte sprach zunächst Lehrer Schauer-Salle. Er erwidert in der Vorlage des Ausschusses (1200 M.) den richtigen Weg, um in absehbarer Zeit etwas zu erreichen. Lehrer Wades-Röll: Der rheinischen Lehrerschaft sind 2000 M. Grundgehalt zu wenig. Damit machen wir eine Minderheitsbewegung, und das darf nicht von einer Lehrervereinigung gesagt werden. Wenn die Mittel der Gerichte nicht ausreichen, so hat der Staat die Pflicht, diese zu erhöhen. Wir dürfen uns nicht selbst zu niedrig einschätzen. Es wird gesagt, daß für unsere Forderung ungeheuer große Summen notwendig sein würden. Was geht das uns an? Ist die Schule das Bildungsmittel, als das man es bei jeder Gelegenheit hinstellt, so muß der Staat es auch als seine Pflicht betrachten, die nächsten 100 bis 150 Millionen bereit zu stellen. Derartige Erzeugnisse dürfen uns nicht abhalten, unsere gerechten Forderungen zu erheben. Werner-Vrestal ist aus praktischen Gründen nicht für die Gleichstellung aller Lehrer. Wenn man diese Parole aufstellt, erwerde man den Eindruck, als ob die großstädtischen Lehrer das Ziel des Lehrers erreicht haben, während sie bei weiterem noch nicht eine Gleichstellung mit den mittleren Staatsbeamten erreicht haben. In Vrestal's Worten die südlichen Lehrer hinter den Gewerkschaften im Gehalt zurück. Vades-Röll meint, es sei ein höchstbedauerliches Unrecht, daß die Landeslehrer hinter den Höheren der Städte der Hauptgerichte stehen müssen und, wenn man den Stand der Beamten der mittleren Staatsbeamten nicht erreicht hat. Diese Ansicht theilten die germanen Verbände der Rheinprovinz. Miler-Vanglar: Ein Redner hat gesagt, daß die Lehrer im Westen „Kamm“ liegen müßten. Aber wie „Kamm“ müssen wir erst im Osten liegen (Gelehrter)

Mit 1200 W. ...

Mit übermäßiger ...

G. Meißner, 27. Dez. ...

H. Weissenfels, 28. Dez. ...

N. Mühlberg, 27. Dez. ...

K. B. 27. Dez. ...

W. 27. Dez. ...

quer über das ...

* Stendal, 28. Dez. ...

* Weidenhausen, 28. Dez. ...

* W. 27. Dez. ...

- [Personen-Nachricht] ...

* Brandstiftung, 27. Dez. ...

* Weidenhausen, 28. Dez. ...

* A. 27. Dez. ...

Der alljährlich nur einmal stattfindende grosse Räumungsverkauf J. Lewin beginnt Freitag den 2. Januar. Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Glück wunschkarten
über 600 Muster.
Buchdruckerei Carl Colbatzky,
Gr. Märkerstrasse 22.



Neueste
Formen
beste Fabrikate
empf. in großer Auswahl
Christian Voigt,
Salz. Schmeckfr. 21.
Theilhaberschaft
und Geschäftsvermittlung
Dr. Luss, Wambsm.

Siehe Bureau, Hand und Schale. Neu!

Deutscher Kalender

enthält
Eisenbahn-Fahrpläne für das ganze Jahr, Almanach, Notiz- u. Adress-Kalender
vereint und vieles Andere mehr in geschmackvoller Ausföhrung.

Ernst Plarre,

Manertraje 1.
Preis nur 30 Pfg.

Von der Reise zurück.
Wald, pr. Arzt,
Ludwig Wuchererstr. 75, L.
Zum Zimmern empfiehlt sich
B. Maercker, Zaubenstr. 7.

Simon
Arzt
Cigaretten
feinste egyptische Marke,
von 3 bis 15 Pfg.
Alleinverkauf
Carl Mann,
Cigarren-Vers.-Geschäft,
Gr. Zeilstr. 9. Fernruf 73.

Paul Schauseil & Co., Bank-Geschäft,
Halle a. S., Leipzigerstr. 10 — Bitterfeld — Delitzsch.
Wir empfehlen uns zur Ausführung aller bankgeschäftlichen
Transaktionen, wie:
Eröffnung von Conto-Correnten und provisionsfreien Check-
rechnungen,
Annahme verzinslicher Einlagen, Depositen,
Beleihung von bürgschaftlichen Effecten u. von Hypotheken,
Discontirung, Einziehung u. Domizilirung von Wechseln,
An- und Verkauf von Effecten an deutschen u. ausländischen
Börsenplätzen,
Umwechslung von Coupons, ausländischen Noten und Geld-
sorten,
Aufbewahrung und Verwaltung von Werthpapieren unter
Controle der Auslosungen.
Zur Kapitalanlage halten wir stets ein Lager mündelsicherer
Werthpapiere vorrätig und sind jederzeit Abgeber von Pfandbriefen der
Preussischen Boden-Credit-Actien-Bank,
Rheinischen Hypothekenbank,
Hamburger Hypothekenbank,
Gothaer Grundcreditbank,
Schwarzburgischen Hypothekenbank,
die wir zum jeweiligen Tagescours provisionsfrei berechnen.

Empfehlenswerter:
seltener
große Auswahl
**Neujahrs-
Karten**
zu billigen Preisen.
Ernst Plarre.

Ernst Haassengier & Co., Bank-Geschäft,
Halle a. S.
empfehlen ihre Dienste für alle bankgeschäftl. Transaktionen, u. A. für
An- u. Verkauf v. Effecten — Discontirung guter
Wechsel — Inkasso — Conto-Corrent-
Depositen-, Check- und Lombard-Verkehr.
Hypotheken-Verkehr
auf Acker- und Stadt-Hypotheken zu billigsten Sätzen.
Kostenfreier Verkauf sicherer 4%iger Anlagewerthe.

Allgemeine Rentenanstalt zu Stuttgart.
Versicherungsgesellschaft auf volle Gegenseitigkeit.
Die mit Ablauf des 31. December l. J. fällig werdenden Renten
können von da an neuen Uebereinkommen der mit Lebensbeziehung des
Rentners und mit Einlösung versehenen Coupons ohne jeglichen Abzug
bei den unterzeichneten Vertretern der Anstalt erhoben werden.
Soweit ein Rentenrentner verstirbt, entfallen auf je eine volle
Wart Monat 3 Monats Dividenden.
Beitrübsicherungen werden jederzeit entgegengenommen.
in Wanneburg: der Generalagent **Gust. Grope,** Feuerstr. 4;
in Halle: **Giebelstein** in der Hauptstadt **A. Meuselbach,** Burgstr. 611.

Neu! **Möbel** Gebr. I.
Größte Auswahl aller Arten
als:
echt und imitirt Nubukku,
Cord, Mahagoni, Birke,
Dereis und Eichen-Schreib-
tische, Büchertische, Stühle,
Couches, Zimmertische, Spiegel-
Bücherregale mit Schränken
oder Console, Kommoden,
Schreibtische, Kleiderbügel-
regale u. französische Ver-
schellen mit u. ohne Maroken,
Wanduhren mit u. ohne Mar-
oken, Nachttische, Handwagen
Küchlein, Serben-, Plüsch-
u. Nips Garnituren, Bancel-
johanns-, Divans-, Coni-
gnonens-, Sofa's, Schreib-
Tische, Porzellan, Gardinen,
Tischdecken u. v. m.
Compl. Salons, Wohn- u.
Schlafzimmereinrichtungen.
Alles sehr preiswerth durch
große Gelegenheitskäufe.
Friedrich Peilcke,
Geiststr. 25.
Bitte genau auf meine Visura
zu achten.
Alle Möbel nehmen mit in Zahlung.

Wissenschaftliche Vorlesungen für Damen.
(In der Aula der städtischen höheren Mädchenschule,
Hof-Brücke 21.)
Der Universitätsprofessor **Dr. Bremer:** Geist, Nerven und die
neueren platonische Ethik. 8 Stunden, 5 bezw. 4 Wk.
Einfachkarten 1 Mk., beim Donnmann der Schule.
Mittwochs von 5-6 Uhr. Anfang 7. Januar.
S. H. Dr. Biedermann.

Italien Mailand nächst dem Central-Bahnhof,
moderne Einrichtung, Zimmer von 2 Mk. an.
Saale-Zeitung liegt aus.
Park-Hôtel Bes. E. Rühlmann ans Eisleben.

Pianos Flügel
Harmoniums.
Größtes Lager der Provinz. Dreißigjährige Garantie.
Gediegene, amerik. erstklassige Fabrikat,
zu mässigen Preisen.
Bequeme Zahlungsbedingungen.
Gebrachte Instrumente, unter voller Garantie, stets am Lager.
C. Rich. Ritter, Grossh. Sachs. Hof-
Pianosorte-Fabrik.

Gasmotoren

jeder Grösse.
Sauge-Gas-Anlagen.
Vereinigte Maschinenfabrik Augsburg und
Maschinenbaugesellschaft Nürnberg A.-G.,
Werk Nürnberg.
Vertreter: **H. Gast,** Ingenieur, Leipzig-Gohlis, Louisenstr. 24 II.

„Kopf-Cognac“.
Cognac.
à 1/2 Flasche Mark 1.50 und höher: erstklassiges deutsches Fabrikat!
Punsch-Extracte.
à 1/2 Flasche Mark 2 und 2.50: nach eigener Methode bereitet, das Süchste
der Punsch-Fabrikation!
Cier-Cognac, Sherry-Brandy, Rum, Acac etc.
Es haben in sämtlichen besseren Geschäften der Provinz.
Wo nicht erhältlich, werde man sich an uns.
Größe Halleische Cognac-Brennerei Gebrüder Kopf.

Prachtvolle frische junge Vierländer Gänse,
Enten, Puter,
Steyr. Capaunen, Poularden, Hähnchen,
grossartige Brüsseler Poularden,
zartes Rehwild, Rentier-Rücken u. Keulen, Birkwild,
Hasehühner, Schneehühner, Perlhühner
und wundervolle fette Fasanhähne.
Prima Holländer Austern
in unerreicht feinen Sortirungen,
à Dutzend 2.25 Mk.
Hochfeine Düsseldorfer Punsch-Essenzen,
Marke **Schiner,** vornehmste Fabrikat.
Echt Französische Cognacs
von den ersten Häusern der Charente, garantierte Original-Abzüge.
Alte gut gelagerte echte Jamaica-Rums und feinste Araes.
Französ. u. Deutschen Champagner
sämmtlich erstklassiger Firmen zu Vorzugspreisen.
Vorzügl. Bowlen-Weine
als:
Königs-Mosel à Fl. 50 Pfg. excl.
Zeltlinger à Fl. 60 Pfg. excl.
bei Entnahme von 12 Flaschen
empfehlen

Wasserschläge
daneb. Bill. Baender. Gr. Klausstr. 12
Vernickeln,
Verkupfern, Verzinnen,
Bronciren
Ferd. Haassengier,
bei
Weghmannschen-Fabrik,
Barthstr. 9. Fernruf 1106

St. Jakobs-Balsam.
Preis Mk. 1.20
(geistlich geschützt)
Vorzügliches Heilmittel für
Wunden aller Art, offene
Stellen, Krampfadern,
Wundsein d. Kinder, Haut-
Entzündungen u. Hämor-
rhoiden. Bestandtheile: Car-
bolinsäure 24 gr. Jaffa
und Cacaoöl 80 g.
Zu haben in der St. Jakoba-
Apotheke v. C. Trautmann,
Basel (Schweiz) oder in d.
Hirsch-Apotheke.

Nachlaß-Auction.
Dienstag den 30. ds. Monats, 2 Uhr
versteigere ich Geilichthe 39 frei-
willig melde, gegen Vanzahlung:
Sofa's, Kleidererker, Bett-
stücken, Kleiderkasten, Spiegel, Acqui-
Tische, Stühle, Kleiderbügel etc.
Die Sachen sind abzugeben mit von
12 Uhr an bei
Ernst Stemmer,
Gr. Wallstr. 46, II.

Loeflund's Präparate
Reines concentrirtes
Malz-Extract
Diastaseum bei Husten, Catarrh, Influenza.
Leberthran-Emulsion
beliebteste und wirksamste Leberthran-
Milchzucker, chem. rein (u. Prof. v. Soxhlet's Verf.)
Derselbe auch mit Nährsalzen
anerkannt beste Säuglingsnahrung.
Milchzwieback
zu Kräftsuppen für zarte, schwächliche Kinder,
Malz-Suppen-Extract
für magendarmkranke Kinder.
In Apotheken und Drogerien, en gros von der Fabrik von
Ed. Loeflund & Co., Grunbach bei Stuttgart.
empfehlen sich selbst.

Ein neues vorzüglich wirkendes Mittel
+ Rheumatismus +
Gicht, Ischias, Glieder-
rheuma, Lahmung etc. vor-
schieden bei Gebrauch von
Trio's Rheuma-Tafelkollin.
Ein neues Pflanzenpräparat, Unschädlich, ohne Schmerzen auszuüben, von
bekanntem Gerüche u. Geschmack. Chemiker Dr. Kayser, Bernburg, untersucht und
begutachtet. Originalcarton Mk. 5.—, Probecarton Mk. 2.50. In den meisten
Apotheken vorrätig oder gegen Nachnahme oder Postanweisung durch den
Hersteller **Gustav Lehmann, Bernburg 915**
Rheum-Tafelkollin-Tabletten mit Dausen- und Pfefferkörnern.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: J. B. v. Zandner in Halle.

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Mit 2 Beilagen und Unterabteilungsbil.